

Beschluss des Beirates Findorff

Befugnisse der Bremer Stadtreinigung erweitern und Kontrollen erhöhen

Der Beirat Findorff

1. fordert die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft auf, die Bremer Stadtreinigung (DBS) zu autorisieren, Verursacher illegaler Müllablagerungen und Littering ordnungsrechtlich zu sanktionieren.
2. fordert den Senator für Inneres und Sport auf, bis zum abgeschlossenen Kompetenzausbau bei der DBS den Fokus der Aufgaben des Ordnungsdienstes verstärkt auf die Bereiche von Müll- und Wertstoffsammelplätzen sowie bekannten, wiederkehrenden Ablagerungsorten (Hotspots) in Findorff zu richten und die diesbezüglichen Kontrollintervalle zu intensivieren.
3. fordert den Senator für Inneres und Sport auf, die Beseitigung nicht genehmigter Sammelcontainer zeitnah und ebenfalls konsequent umzusetzen.

Begründung:

Derzeit ist für die Verfolgung von angezeigten Ordnungswidrigkeiten gegen abfallrechtliche Vorschriften in der Stadtgemeinde Bremen die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft zuständig. Die Bremer Stadtreinigung (DBS) verfügt allerdings nicht über die Kompetenzen, Personalien von Müllsündern aufzunehmen, Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten und Verwarngeldern (Vor-Ort) zu verhängen. Ganz anders stellt sich die Situation in Hamburg dar. Die Stadtreinigung Hamburg ist seit Januar 2018 befugt, Ordnungswidrigkeiten, unter anderem bei Verstößen gegen das Kreislaufwirtschaftsgesetz, durch sogenannte „WasteWatcher+“ selbst zu verfolgen. Es ist wichtig, dass Bremen zusätzliche Maßnahmen ergreift, um Müllverschmutzung zu reduzieren, die Wiederverwertung zu fördern und das Bewusstsein für die Bedeutung einer nachhaltigen Abfallwirtschaft zu schärfen. Nur durch koordinierte Bemühungen kann langfristig eine saubere und gesunde Umwelt erhalten werden. Bereits in der 20. Legislaturperiode hat der Senat angekündigt zu prüfen, die Kompetenzen im Bereich der Abfallüberwachung bei der DBS auszubauen. Das ist bisher nicht geschehen! Zudem müssen die Kontrollintervalle im Bereich von Müll- und Wertstoffsammelplätzen sowie bekannten, wiederkehrenden

Ablagerungsorten (Hotspots) intensiviert werden und die Beseitigung nicht genehmigter Sammelcontainer zeitnah und konsequent erfolgen.

Mehrheitlicher Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff in der öffentlichen Sitzung am 20.02.2024